

Vorbemerkung zum vorliegenden Heft

In dieser Ausgabe erscheinen drei frei eingereichte Journal-Artikel und drei Diskussionsbeiträge.

Im ersten der frei eingereichten Artikel formuliert Joscha Wullweber eine „postpositivistische Kritik des Rational-Choice-Ansatzes“. Der Beitrag nimmt Bezug auf die Diskussion zwischen Andreas Dür, Franz Eder und Anna Durnová vor zwei Jahren in dieser Zeitschrift. Nach einer Darstellung der Grundprämissen des Rational-Choice-Ansatzes wird dieser dem postpositivistischen Theorierahmen und dessen ontologischen und epistemologischen Annahmen gegenüber gestellt. Dabei wird der Vorschlag entwickelt und kritisch diskutiert, Rational Choice als Heuristik zu verstehen, die verschiedene für die politische Analyse sinnvolle Forschungsstrategien anbietet. Ein solches Verständnis würde jedoch auf Kosten des Versprechens einer universellen Erklärungskraft dieses Ansatzes gehen.

Ina Markova beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit „visueller Geschichtspolitik“ in Österreich. Gemeint sind damit „Praktiken des Zeigens“, die als geschichtspolitische Strategien der visuellen Herstellung gesellschaftlich erwünschter Geschichtsbilder verstanden werden können. Konkret wird am Beispiel einer Publikation der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung aus dem Jahr 2005 untersucht, mit welchen Bildern welche Vergangenheit im „Gedankenjahr“ (60 Jahre nach Kriegsende; 50 Jahre nach Abschluss des Staatsvertrags; 20 Jahre nach dem EU-Beitritt) konstruiert wird und wie Geschichte auch visuell hierarchisiert werden kann. Besonderes Augenmerk wird dabei auch auf die Frage der „fehlenden Visualisierung“ gelegt.

Im dritten der frei eingereichten Artikel untersuchen Christoph Knill, Caroline Preidel und Kerstin Nebel das Verhältnis zwischen Katholizismus und „Moralpolitik“ in Österreich. Sie tun dies – vor dem Hintergrund einschlägiger internationaler Forschung und basierend auf neuen Daten eines international vergleichenden Projekts zu dem Thema – an Hand einer detaillierten explorativen Analyse der Politikentwicklungen in Österreich zur Regulierung betreffend Schwangerschaftsabbrüchen sowie hinsichtlich gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Die katholische Kirche, so das Ergebnis ihrer Analyse, kann permissive Reformen (nur) so lange verhindern, wie institutionelle und kulturelle Gelegenheitsstrukturen nicht der säkular-liberalen Opposition behilflich sind, erfolgreiches Agenda-Setting zu betreiben und Mehrheiten für einen Politikwechsel zu gewinnen.

Der Diskussionsbeitrag von Lina Klymenko beschäftigt sich mit praktischen Fragen des Unterrichts in der Politikwissenschaft als Studienfach. Ausgehend von einem konstruktivistischem Lehr- und Lernverständnis beschreibt die Autorin ihre persönlichen Erfahrungen als Lehrende im Seminarraum und macht konkrete Vorschläge, wie Studierenden auf Basis des Konzepts des „Problembasierten Lernens“ eigenständige Wissensaneignung vermittelt werden kann. Der Beitrag ist damit auch geeignet die wichtige, leider aber zuweilen vernachlässigte Diskussion um die Lehre in der Politikwissenschaft zu stimulieren.

Zuletzt findet sich in dieser Ausgabe der ÖZP auch noch der Auftakt zu einer intensiven Auseinandersetzung mit dem von Ulrich Brand in Heft 4/2013 erschienenen Theorieartikel zu einer

historisch-materialistischen Policy-Analyse. Dieses Symposium wird von Bernhard Leubolt und Thomas König koordiniert und wird in Heft 4 mit zwei weiteren Beiträgen abgeschlossen. Im vorliegenden Heft geht zunächst Andreas Bieler auf zwei Bereiche ein, die seiner Ansicht nach in Brands Artikel zu kurz gekommen sind, nämlich die strukturellen Bedingungen, die sich aus dem kapitalistischen Grundprinzip der Profitmaximierung ergeben, sowie die Frage der Akteure. Für Bieler ist Brands Ansatz in der vorliegenden Form zu selektiv, um den emanzipatorischen Charakter des historischen Materialismus mitnehmen zu können.

Aus einer anderen Richtung geht dann Bernhard Leubolt auf den von Brand gemachten Versuch ein, den historischen Materialismus mit Policy Analyse zu verknüpfen. Dabei unterscheidet er zwei Ebenen seiner Theoriekritik. Was die Relevanz des von Brand formulierten Theoriekonzepts betrifft, plädiert Leubolt dafür, auf die etablierten Theorietraditionen des (historischen) Institutionalismus sowie der (periodisierenden) Konjunkturanalyse zurückzugreifen. Was die Integrität des Konzepts betrifft, bemerkt er eine inhaltliche Schwäche im Begriff der „Selektivitäten“, der in Brands Artikel eine zentrale Rolle spielt, dort aber zu wenig ausgeführt bleibt. Anhand seiner eigenen Forschung zu Südafrika versucht Leubolt dann zu veranschaulichen, wie der Begriff weiter ausdifferenziert werden kann.

Den Beiträgen vorangestellt ist ein Hinweis der Redaktion auf die bevorstehende Umstellung der ÖZP auf ein Open Access Journal, sowie ein Nachruf auf den Wiener Politikwissenschaftler Herbert Gottweis.

Wir wünschen gutes Lesen!

*Das geschäftsführende HerausgeberInnengremium
& die Redaktion der ÖZP
E-Mail: kontakt@oezp.at*

Die ÖZP wird zu einem Open Access Journal

Mit dem kommenden Jahr (Heft 1/2015) wird die ÖZP von einem Journal im Papierdruckformat zu einer Open Access Publikation. Schon länger wissen wir: Ein reines Druckprodukt ist einfach nicht mehr zeitgemäß. Die akademischen Lese- und Arbeitsgewohnheiten haben sich in den letzten zehn Jahren völlig verändert; im Mittelpunkt steht heute die elektronische Verfügbarkeit von Artikeln.

Viele Zeitschriften haben sich heute hinter einer sogenannten Paywall verschanzt. Das bedeutet, dass ein/e AbonnentIn (in der Regel Universitätsbibliotheken) eine Journallizenz kauft und damit die elektronische Verfügbarkeit der Artikel dieses Journals sicherstellt (so können dann Angehörige der Universität auf diese Artikel zugreifen).

Die ÖZP konnte diese Entwicklung aus verschiedenen Gründen nicht mitmachen: Die großen internationalen Verlage verlangen für die Bereitstellung der elektronischen Infrastruktur und editorische Arbeit entweder eine jährliche Summe an finanziellen Zuschüssen. Oder sie behandeln kleine Journals wie unseres mit jener zu erwartenden Nachlässigkeit, die der profitorientierten Kalkulation der *economies of scale* entspricht, aber nicht die Sorgfalt garantiert, mit der wir unser Journal geführt sehen wollen. Der im Vergleich kleine Verlag – Facultas –, wiederum hat leider nicht die Infrastruktur, um unsere Artikel für AbonnentInnen elektronisch zur Verfügung stellen zu können.

Wir haben uns gefragt, ob das bedeutet, dass eine Zeitschrift wie die ÖZP ihre Funktion für die österreichische Politikwissenschaft nicht mehr erfüllen kann. Ihr Verschwinden hätte jenseits des Traditionsbruchs bedeutet, dass die österreichische sozialwissenschaftliche Szene eine Möglichkeit verliert, ihre qualitätsvolle Forschung aufzubereiten und zu publizieren. Sicher, es gibt zahlreiche internationale Journals, doch ein nationales Publikationsorgan hat zwei unschätzbare Eigenschaften, die kein noch so hoch geranktes internationales Journal bieten kann: Es ist ein Medium zur disziplinären Selbstverständigung vor Ort, und es dient zur Verbreitung sozialwissenschaftlich erarbeiteten Wissens in jenem Kontext, in dem dieses Wissen generiert wurde und für den es von besonders großem (Anwendungs- oder Reflexions-)Nutzen ist. Gerade in einer Zeit, wo der Nachweis des *impact* von Wissensproduktion auch auf politischer Seite immer stärker eingefordert wird, ist diese Infrastrukturfunktion eines Journals von entscheidender Bedeutung für das weitere Gedeihen einer ganzen Disziplin.

Als Druckzeitschrift musste die ÖZP mit dem Dilemma leben, dass sie zwar gute und herzeigbare Artikel publizierte, diese aber nicht die Sichtbarkeit erfuhren, die ihnen zugestanden hätte. Diese mangelnde Sichtbarkeit war umso mehr ein Dilemma, als der Großteil des jährlich umgesetzten Budgets unserer Zeitschrift in die Druckkosten ging. Uns von diesem Posten zu befreien bedeutet, noch mehr Augenmerk auf die eigentliche Arbeit legen zu können, nämlich den Begutachtungsprozess und die editorische Betreuung von eingereichten Artikeln. Darüber hinaus gewinnen wir automatisch mehr Sichtbarkeit.

Die Inhaberin der Zeitschrift – die Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft – hat sich die Entscheidung mit Open Access keineswegs leicht gemacht. Ihr lag ein langjähriger Diskussionsprozess zugrunde, angestoßen und geleitet vom Geschäftsführenden HerausgeberInnenngremium (GHG), das 2011 eingesetzt wurde, um die Modernisierung der ÖZP zu forcieren und durchzuführen. Das Ergebnis dieser langjährigen Planung kann sich sehen lassen: Aufgrund einer kompetitiv eingeworbenen Förderung durch den Fonds zur Förderung wissenschaftlicher Forschung (FWF) und eine Langzeitübereinkunft mit der Universität Innsbruck können wir nun

die kommenden Jahre ohne Article Processing Charges (oder ähnliche autorInnenbasierte Finanzierungsmodelle) daran arbeiten, die ÖZP als Open Access Journal zu platzieren.

In den zahlreichen Diskussionen und Entwicklungen, die das GHG über die letzten Jahre hinweg durchgeführt hat, war Open Access anfänglich nur eine Option von mehreren. Mit der durch den FWF eröffneten Finanzierungsmöglichkeit wurde diese Option zunehmend vielversprechend. Die Vor- und Nachteile wurden sorgsam abgewogen. Es zeigte sich, dass die Vorteile bei Weitem überwiegen: eine gesicherte Finanzierung über mehrere Jahre hinweg, eine Konzentration auf Kernaufgaben und die schlagartige Erhöhung der Sichtbarkeit der Zeitschrift ohne Qualitätsverlust.

Open Access ist insbesondere in den Naturwissenschaften mittlerweile die gängige und weitgehend auch bevorzugte Publikationsform, weil sie sich zur schnellen Dissemination von Forschungsergebnissen eignet und eine bessere Qualitätssicherung ermöglicht – man denke insbesondere an PLOS (Public Library of Science), die vornehmlich die Lebenswissenschaften vertritt. Wenn wir uns diesen Erfolg vor Augen halten, dann können unter SozialwissenschaftlerInnen immer noch verbreitete Ängste nur als Rückzugsechte traditioneller und lieb gewonnener Publikationsverfahren interpretiert werden. Aber auch hier ändern sich die Gewohnheiten. LeserInnen der ÖZP fragen zunehmend nach elektronisch verfügbaren Beiträgen aus der Zeitschrift. Und generell zeigen jährlich durchgeführte Umfragen, dass die Akzeptanz von Open Access Journals in den Sozialwissenschaften stetig im Steigen begriffen ist.

Die ÖZP, als eine der ältesten politikwissenschaftlichen Zeitschriften Europas, wird mit diesem Schritt jedenfalls eine Vorreiterrolle in der sozialwissenschaftlichen Zeitschriftenlandschaft übernehmen. Unsere Kernaufgabe wird jetzt mehr denn je darin bestehen, die sorgfältige Betreuung eingereicherter Artikel zu gewährleisten und unbestechliche, objektive und faire Gutachten im bewährten Verfahren (double blind peer review) einzuholen. Die Artikel werden nach der Begutachtung und redaktionellen Betreuung sofort online gestellt und sind damit frei verfügbar. Ebenso werden sukzessive alle bisher in der ÖZP publizierten Artikel online gestellt.

Einige Details der Umstellung harren noch ihrer endgültigen Lösung, und wir werden diese bis zum Erscheinen des nächsten Hefts bekannt geben. Vieles ist jedoch schon geschehen. Eine begleitende Maßnahme, um die Zeitschrift für das 21. Jahrhundert fit zu machen, bestand darin, an der Leitungsstruktur zentrale Änderungen vorzunehmen. Das GHG, das eine Übergangslösung war, wird mit Ende des Jahres aufgelöst. Die Editors sind nun, den internationalen Usancen entsprechend, drei Mitglieder der professoralen Kurie der österreichischen Politikwissenschaft. Sie werden unterstützt vom bewährten Team der Redaktion, das weiterhin das Tagesgeschäft durchführen wird. Neu gewinnen konnten wir eine namhafte Gruppe von rund 30 international ausgewiesenen WissenschaftlerInnen in allen Teilbereichen der Politikwissenschaft sowie verwandten Fächern, die gemeinsam das die Editors beratende Editorial Board bilden werden, und die historisch gewachsene Gruppe des wissenschaftlichen Beirats ersetzen.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei allen Personen, die in den letzten Jahren intensiv an der Weiterentwicklung der ÖZP mitgearbeitet haben, bedanken: dem stets hilfsbereiten Team von Facultas, den bisherigen Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats und vor allem des GHG, das sich als unschätzbare Forum für strategische Diskussionen zur Ausrichtung der Zeitschrift erwiesen hat. Und wir freuen uns auf die Zukunft der ÖZP als Open Access Journal.

*Thomas König, Sonja Puntscher-Riekmann, Gilg Seeber, Dieter Segert
kontakt@oezp.at*

Nachruf

„Der Mann der Stunde.“ So bezeichnete der damalige Dekan der Wiener Fakultät für Sozialwissenschaften Herbert Gottweis in seiner Trauerrede im April dieses Jahres. Und tatsächlich war Herbert Gottweis in der österreichischen Politikwissenschaft der Erste, der die Themen Medizin und Technologie ins Blickfeld politikwissenschaftlicher Analysen holte. Mit seinem bei MIT Press erschienenen Buch *Governing Molecules. The Discursive Politics of Genetic Engineering in Europe and the United States* entwickelte er einen Zugang, der nicht nur seine eigene Forschungstätigkeit prägen sollte, sondern auch zahlreiche andere ForscherInnen in Österreich und in Ausland inspirierte. An der Universität Wien gründete er die interdisziplinäre Forschungsplattform Life-Science-Governance, die seinem Interesse am Politischen der Medizin und Technologie auch einen institutionellen Rahmen gegeben hat.

Herbert Gottweis wurde 1998 Professor am Wiener Institut für Politikwissenschaft. Zuvor war er als Assistent am Salzburger Institut für Politikwissenschaft tätig und in dieser Phase auch Redakteur unserer Zeitschrift; er hatte aber auch mehrmals in den USA geforscht, u.a. am Center for European Studies in Harvard, am MIT, und als Assistent Professor am Department of Science and Technology Studies der Cornell University. Gerade die amerikanische Erfahrung sprach Herbert Gottweis oft an, wenn er über die Einflüsse seiner interdisziplinären Laufbahn berichtete oder wenn er seinen MitarbeiterInnen Hinweise zur weiteren Karriereplanung gegeben hat.

Damit sind auch zwei wichtigen Hinterlassenschaften von Herbert Gottweis genannt, nämlich sein Beitrag zur Internationalisierung der österreichischen Politikwissenschaft und sein Grundsatz, dass gute, originelle Forschung sich auch gut verkaufen können muss. Beides pflegte er vor allem im Rahmen seiner Tätigkeit beim Fonds zur wissenschaftlichen Forschung (FWF), wo er zunächst als Referent wirkte und später – von 2005 bis 2013 – die Funktion des Vizepräsidenten für Geistes- und Sozialwissenschaften ausübte. Auch seinen Umgang mit NachwuchswissenschaftlerInnen prägte diese Einstellung. Herbert Gottweis förderte nicht Ideen und Projekte, sondern Menschen. Er schuf ein kompetitives und intellektuell stimulierendes Milieu, in dem man sich weiterentwickeln wollte und musste, in dem man sich aber zugleich auch sicher fühlen konnte. Vor allem wenn Zeit und Ressourcen knapp wurden, wusste er Unterstützung zu bieten. Er wusste, dass eine Strategie zur Karriereentwicklung unabdinglich ist, dass aber hochwertige, originelle Forschung Zeit zur Reflexion bedarf.

Zu den wichtigen Bausteinen einer ForscherInnenstrategie gehörte die internationale Erfahrung. Herbert Gottweis wurde vielen zum Vorbild, wie man globale Netzwerke gründet und pflegt. Insofern nahm er die Idee der vergleichenden Methode auch in seine eigene wissenschaftliche Einstellung auf: Ideen lassen sich am besten in Diskussionen mit anderen entwickeln und verbessern. Seine MitarbeiterInnen mahnte er zu Forschungsaufenthalten an ausländischen Institutionen, motivierte sie zur Teilnahme an internationalen Workshops und Sommerschulen. Er brachte gleichzeitig die internationale Szene nach Wien. Bei zahlreichen Konferenzen, Workshops und Vorträgen konnten wir viele zentrale Persönlichkeiten der Diskursforschung, des Poststrukturalismus und der Science and Technology Studies kennenlernen.

Der rote Faden von Herbert Gottweis' Forschungstätigkeit war, die Politik nicht mehr als in Stein gemeißelte Institutionen zu definieren, sondern als eine sich stets bewegende Materie zu beobachten, anhand von Bedeutungen, die wir Phänomenen und Konflikten zuschreiben und

durch die ein Thema erst politisch gemacht wird. Den Methoden dieser Beobachtung wollte er keine Grenzen setzen. Herbert Gottweis hinterlässt somit ein Netzwerk an SozialwissenschaftlerInnen, das sich über mehrere Forschungsstätten in Österreich und darüber hinaus erstreckt, das sich nicht allein auf gesundheitspolitische Themen begrenzen lässt und das keinem wissenschaftlichen Dogma verpflichtet ist.

Konrad Paul Liessmann, Katharina Lacina (Hg.)

Sackgassen der Bildungsreform

**Ökonomisches Kalkül –
Politische Zwecke –
Pädagogischer Sinn**

facultas.wuv 2014

144 S., ISBN 978-3-7089-1106-9

EUR 16,90 [A]/ EUR 16,40 [D] / sFr 22,50

Der Band zu den aktuellen, hochbrisanten Debatten der Bildungsreform bietet allen bildungspolitisch Interessierten kritische Einblicke, Hintergrundinformationen, kontroverse Positionen und die Möglichkeit, die maßgeblichen Argumente differenziert zu prüfen.

Mit Beiträgen von: Andreas Gruschka, Bernd Hackl, Hans Peter Klein, Andrea Liesner, Konrad Paul Liessmann, Georg Neuweg, Roland Reichenbach, Christoph Türcke und Anke Wegner.



www.facultas.at/verlag

facultas.wuv

